

BRICS 2026, die unmögliche Reform und die notwendige Reform

Der Schwerpunkt verschiebt sich, auch wenn die Institutionen dies nicht tun.

13. September 2026 | Lorenzo Maria Pacini

Vier Punkte und ein Vorwort

Am 15. Mai 2026, bevor sich die Außenminister in Neu-Delhi zur BRICS-Sitzung über die Reform der globalen Governance versammelten, hielt Subrahmanyam Jaishankar eine kurze und zurückhaltende Rede. Keine einprägsamen Formulierungen, keine direkte Konfrontation: ein bis ins kleinste Detail abgestimmter diplomatischer Text, der mit drei Worten endete, die mit der Präzision einer klinischen Diagnose vorgetragen wurden: „Zusammenarbeit ist unerlässlich. Dialog ist notwendig. Reformen sind überfällig.“ Gerade in diesem „überfällig“ – „verspätet“, „fällig“ – konzentriert sich die gesamte Spannung der Rede.

Der Minister sprach aus einer ganz bestimmten Position heraus. Indien hat 2026 den Vorsitz der BRICS-Staaten und das Treffen der Außenminister vom 14. bis 15. Mai diente dazu, die Weichen für den Gipfel der Staatshäupter im September zu stellen. Es handelt sich daher nicht um einen Meinungsbeitrag, sondern um die Worte des derzeitigen Vorsitzenden, der die Agenda des Blocks festlegt. Als solches sollte die Rede auch gelesen werden – nämlich als Akt der strategischen Positionierung und nicht als theoretische Reflexion.

Zudem endete das Treffen ohne eine gemeinsame Erklärung: [Meinungsverschiedenheiten](#) zum Nahen Osten machten eine zurückhaltendere Erklärung des Vorsitzenden erforderlich. Dieses Detail ist nicht unbedeutend. Ein Block, der es versäumt, einen gemeinsamen Text zu brisanten Themen zu unterzeichnen, ist gerade auf institutionelle Reformen angewiesen, um eine minimale gemeinsame Grundlage für eine Einigung zu schaffen. Reformen werden somit automatisch zu dem einzigen Punkt, auf den sich die BRICS-Staaten noch einigen können.

Der Aufbau der Rede ist klar: eine Prämisse und vier Punkte. Die Prämisse ist der Satz, der die gesamte Argumentation untermauert: Die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen treffen sich „als souveräne Gleichberechtigte“, und dies – wie Jaishankar betont – „ist nicht bloß ein Grundsatz, sondern die Grundlage eines glaubwürdigen Multilateralismus“. Diese Formulierung verdient Beachtung, denn sie fasst bereits die politische These der gesamten Rede zusammen: **Souveräne Gleichheit** ist keine bloße UN-Rhetorik; sie ist das Kriterium, an dem die Legitimität bestehender Institutionen gemessen wird. Wenn der Sicherheitsrat einige Staaten als souveräner behandelt als andere, dann ist es der Rat, der gegen das Gründungsprinzip verstößt – nicht diejenigen, die seine Reform fordern.

Der erste Punkt ist die Reform der Vereinten Nationen, wobei der Sicherheitsrat im Mittelpunkt steht. Die Zahl der Mitgliedstaaten ist enorm gestiegen, während „die wichtigsten Strukturen wei-

terhin eine längst vergangene Ära widerspiegeln“, und Indien fordert eine Erweiterung in beiden Kategorien – ständige und nichtständige Mitglieder – mit Vertretern aus Asien, Afrika und Lateinamerika. Hier ist Indiens Position klar und seit langem unverändert: Neu-Delhi [strebt seit Jahren](#) einen ständigen Sitz an und begründet seinen Antrag als eine Frage der kontinentalen Vertretung, nicht als nationale Ambition. Dieser rhetorische Schachzug ist wirkungsvoll: Wer könnte schon etwas dagegen einwenden, dass drei Kontinente, auf denen Milliarden von Menschen leben, in dem Gremium, das über Krieg und Frieden entscheidet, unterrepräsentiert sind?

Der zweite Punkt ist eher technischer Natur – und gerade deshalb aufschlussreicher. Bei den Arbeitsmethoden zwischenstaatlicher Verhandlungen wurden Fortschritte erzielt, die eine Verlagerung hin zu „textbasierten Verhandlungen“ erfordern. Wer mit den Abläufen der Vereinten Nationen vertraut ist, weiß, was das bedeutet. Seit Jahrzehnten steckt die Reform des Sicherheitsrats in einer Phase allgemeiner Erklärungen fest, gerade weil es keinen einheitlichen Text gibt, über den abgestimmt werden könnte: Solange über Grundsätze diskutiert wird, sind sich alle einig; doch sobald es darum geht, schriftlich festzuhalten, wer mit welchen Befugnissen aufgenommen wird, löst sich der Konsens in Luft auf. Nach dem Text zu fragen bedeutet, auf den Punkt zu kommen. Es ist die konkreteste und umstrittenste Forderung in der Debatte, getarnt als Verfahrensaktualisierung.

Der dritte und vierte Punkt verlagern den Fokus vom Politischen auf das Wirtschaftliche: die Reform der internationalen Finanzarchitektur und die Stärkung des multilateralen Handelssystems. Multilaterale Entwicklungsbanken müssen „Ressourcen in großem Umfang mobilisieren“; Finanzmittel für Entwicklung und Klimaschutz müssen leichter zugänglich werden; und der Handel muss „regelbasiert“ bleiben, mit der WTO als Kernstück, während die „Asymmetrien“, die den Entwicklungsländern schaden, korrigiert werden. Dies sind die Themen, bei denen die BRICS-Staaten den größten Zusammenhalt zeigen, da sie gemeinsame materielle Interessen betreffen, ungeachtet geopolitischer Unterschiede.

Stichwort: reformierter Multilateralismus

Das Konzept, um das sich die gesamte Rede dreht, ist das des reformierten Multilateralismus. Es handelt sich dabei nicht um einen neutralen Begriff. Die indische Position lehnt zwei Extreme ausdrücklich ab. Einerseits die unkritische Verteidigung des westlichen Status quo – also jener Institutionen, die 1945 konzipiert und seitdem nie wirklich überarbeitet wurden. Andererseits – und das ist der entscheidende Punkt – deren Abschaffung zugunsten neuer, ersetzender Institutionen. [Indien will die UNO nicht abbauen](#), um daneben eine BRICS-UNO aufzubauen. Es will in den Kontrollraum der bestehenden Organisation einziehen.

Es handelt sich hierbei um eine Entscheidung für eine Seite innerhalb der multipolaren Arena, nicht außerhalb dieser, und es ist eine Entscheidung, die eine interne Bruchlinie innerhalb der sich entwickelnden Welt offenbart. Es gibt eine Denkschule – die auf bestimmte Strömungen des russischen und chinesischen Denkens zurückzuführen ist –, die die Auffassung vertritt, dass die Institutionen von 1945 strukturell hegemonial sind und durch parallele Strukturen ergänzt – wenn nicht sogar abgelöst – werden müssen: die Neue Entwicklungsbank, Zahlungssysteme in nationalen Währungen und regionale Foren. Demgegenüber steht die indische Denkschule – reformistisch und institutionalistisch –, die auf Reformen von innen setzt.

Die beiden Strategien sind nicht identisch, und die Wahl zwischen ihnen ist vielleicht die wichtigste theoretische Frage, vor der der Multipolarismus heute steht. Die Befürworter des reformistischen Weges befürchten, dass parallele Institutionen letztendlich zu einer Zersplitterung des Globalen Südens in rivalisierende Blöcke führen werden; die Befürworter des alternativen Weges halten dem entgegen, dass eine Reform von innen bedeute, die Regeln derer zu akzeptieren, die die Kontrolle über die Zugänge haben.

Jaishankars Rede bezieht Stellung, ohne dies ausdrücklich zu sagen. Wenn er bekräftigt, dass die WTO „im Zentrum“ des Handelssystems bleiben müsse oder dass Reformen „unter Beteiligung aller“ durch „Dialog, Zusammenarbeit und die Beilegung von Differenzen“ vorangetrieben werden müssten, entscheidet er sich für eine Sprache der institutionellen Einbeziehung statt der des Bruchs. Dies steht im Einklang mit Indiens strategischer Tradition der Mehrfachausrichtung: an allen Verhandlungstischen präsent zu bleiben, keinen davon zu schließen und seine Brückenfunktion in Verhandlungsmacht umzuwandeln.

Ein Widerspruch und der Kernpunkt der Souveränität

An dieser Stelle müssen wir aussprechen, was die Rede aufgrund ihres diplomatischen Charakters nicht sagen kann. Die Strategie eines reformierten Multilateralismus birgt einen Widerspruch, den keine rhetorische Kunstfertigkeit auflösen kann. Die Institutionen, deren Reform gefordert wird, werden in ihren entscheidenden Hebeln genau von jenen Akteuren kontrolliert, die durch eine Reform am meisten zu verlieren hätten. Der Sicherheitsrat kann nur durch eine Zweidrittelmehrheit der Generalversammlung und die Zustimmung aller fünf ständigen Mitglieder geändert werden, von denen jedes über ein Vetorecht verfügt. Die fünf zu bitten, für ihre eigene Schwächung zu stimmen, ist so, als würde man einen Monopolisten bitten, Gesetze gegen seine eigene Konkurrenz zu erlassen.

Die Forderung nach „textbasierten Verhandlungen“ bringt diesen Widerspruch zum Vorschein. Die Verhandlungen sind nicht aufgrund mangelnden verfahrenstechnischen guten Willens ins Stocken geraten, sondern weil mindestens ein ständiges Mitglied – und nicht nur eines – ein Interesse daran hat, dass dies so bleibt. Insbesondere China hat in der Vergangenheit jede Aussicht auf einen ständigen Sitz für Indien blockiert, und seine Abwesenheit am Verhandlungstisch in Neu-Delhi – [Minister Wang Yi](#) wurde aufgrund von Trumps Staatsbesuch in Peking durch den Botschafter vertreten – ist an sich schon eine geopolitische Tatsache. Der BRICS-Block ist keine einheitliche Einheit: In ihm liegt genau jene Rivalität, die das, was der derzeitige Vorsitzende fordert, unwahrscheinlich macht. Ein Mitglied des Blocks strebt den Sitz an; ein anderes Mitglied des Blocks gehört zu denen, die ihn ablehnen.

Der multilaterale Reformismus fungiert weniger als realistisches Programm, sondern vielmehr als Berechtigungsmechanismus; er dient dazu, die moralische Überlegenheit zu beanspruchen – wer könnte schon behaupten, sich gegen Institutionen zu stellen, die „demokratischer, repräsentativer und gerechter“ sind? – und die Schuld für den ausbleibenden Wandel auf die Untätigkeit anderer abzuwälzen. Jedes Jahr, in dem Reformen ausbleiben, stärkt das Argument derjenigen, die behaupten, das System sei nicht reformierbar, und legitimiert damit indirekt die Entwicklung von Alternativen. In diesem Sinne sind der reformistische Weg und der alternative Weg nicht bloß Rivalen, denn ersterer liefert durch sein wiederholtes Scheitern den politischen Treibstoff für letzteren.

Ein zweites Element verdient besondere Beachtung, da es den Unterschied zwischen der indischen und der westlichen liberalen Konzeption von globaler Governance hervorhebt. Der reformierte Multilateralismus ist verankert in der „Achtung der Souveränität und territorialen Integrität“, der „Einhaltung des Völkerrechts“ und der „Anerkennung unterschiedlicher nationaler Gegebenheiten“. Der Ausdruck „unterschiedliche nationale Gegebenheiten“ ist dabei der Schlüssel. Er steht für die ruhige, aber entschiedene Ablehnung des normativen Universalismus: der Vorstellung, dass es ein einziges Modell für gute Regierungsführung, Rechte und Entwicklung gibt, das für alle gilt und legitimerweise exportierbar ist.

Im Gegensatz zu diesem Modell plädiert der Diskurs für eine Regierungsführung, die auf der Vielfalt nationaler Wege basiert. Das ist kein Relativismus: Es ist die klassische Position derjenigen, die die internationale Ordnung durch die Linse der Souveränität und der Zivilisation betrachten und nicht durch die der universellen Werte. Und dies ist vielleicht der Punkt, an dem die größte tatsächliche Übereinstimmung zwischen den BRICS-Staaten besteht, jenseits ihrer Differenzen hinsichtlich institutioneller Strategien.

Ob man nun den reformistischen Weg oder den alternativen Weg wählt – die gemeinsame Prämisse ist, dass die aufstrebende Welt es nicht länger akzeptiert, nach Kriterien beurteilt zu werden, die anderswo festgelegt wurden. Die Regierungsführung der Zukunft wird zwischen Akteuren ausgehandelt werden, die kein einziges normatives Zentrum anerkennen. Dies – und nicht die Reform dieser oder jener Organisation – ist das wahre multipolare Wesen dieses Diskurses.

Machbarkeit

Welche Erkenntnisse können wir daraus für die kommenden Monate ableiten? Einige wenige, mit den entsprechenden Unsicherheitsmargen. Es ist sehr wahrscheinlich, dass der Gipfel der Staatshäupter im September den reformierten Multilateralismus als offiziellen Rahmen des Blocks bestätigen wird, da er den kleinsten gemeinsamen Nenner darstellt, auf den sich selbst die Mitglieder mit den größten Meinungsunterschieden einigen können.

Es ist jedoch unwahrscheinlich, dass bei der Reform des Sicherheitsrats wesentliche Fortschritte erzielt werden: Die strukturellen Hindernisse – das Vetorecht, die Rivalität zwischen China und Indien sowie das mangelnde Interesse der ständigen Mitglieder – bestehen weiterhin, und nichts in der Diskussion deutet darauf hin, dass sie überwunden worden wären.

Vielversprechender im Hinblick auf konkrete Ergebnisse ist der wirtschaftlich-finanzielle Bereich. Hier haben die BRICS-Staaten Spielraum für eigenständiges Handeln, da sie nicht auf den Konsens der ständigen Mitglieder der UNO angewiesen sind, um voranzukommen:

- Grenzüberschreitende Zahlungen,
- die Verwendung nationaler Währungen im Handel
- und die Stärkung von Entwicklungsbanken

sind Bereiche, in denen der Block ohne vorherige Genehmigung [aktiv werden kann](#). Das abschließende Paradoxon ist aufschlussreich: Während die Reform der universellen Institutionen nach wie vor durch ihre eigene Machtstruktur blockiert wird, schreitet der Wandel seitlich voran, innerhalb der Wirtschaftskreisläufe, die diese Institutionen nicht kontrollieren. Die „notwendige“ Re-

form, von der Jaishankar spricht, wird höchstwahrscheinlich nicht durch Reformen, sondern durch Umgehung vorangetrieben werden.

Das ist die Lehre, die der Multipolarismus aus dieser Rede ziehen sollte. Die Form ist die eines reformistischen Appells; der Inhalt ist – gemessen an den tatsächlichen Machtmechanismen – eine langsame Verlagerung des Schwerpunkts weg von genau jenen Institutionen, die man angeblich reformieren will.

„Reformen sind überfällig“, sagte der Minister. Er hat Recht. Doch überfällige Reformen gehen in der Geschichte der Institutionen selten von innen aus; vielmehr finden sie statt, wenn sich genügend Druck von außen aufgebaut hat, um die interne Dynamik irrelevant werden zu lassen.